

Leitartikel

Fracking für den guten Zweck

Das umstrittene Fördern von Schiefergas könnte bei der Energiewende helfen.

Schon das Wort: Fracking. Das hört sich an nach Knochen, die brechen, oder nach Gläsern, die zersplintern. Unheimliche Wortkreationen lassen sich daraus bilden, so wie Abfracken. Da denkt jeder gleich an Autofriedhöfe.

Kein Wunder also, dass Umweltorganisationen dieses Wort dankbar aufgegriffen haben. Seit Monaten schicken sie ihre Aktivisten mit Schutzanzügen und gigantischen Spritzen vor die Parlamente, weil Fracking der Natur schade. So haben sie es geschafft, das Volk gegen die neue Technologie aufzubringen. Die Ablehnung geht quer durch alle sozialen und intellektuellen Schichten, durch alle Parteien und Verbände.

Nicht minder dogmatisch argumentieren die Freunde des Frackings: Es schaffe Arbeit und senke die Preise für die Produktion von Plastik, Chemie und allen anderen Stoffen, aus denen sich noch mehr Waren für die schöne Wohlstandswelt herstellen lassen.

So prallten vergangene Woche zwei stramme Ideologien aufeinander, als der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum sogenannten unkonventionellen Fracking publik wurde. Dabei wird eine Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien ein paar Tausend Meter unter die Erde gepumpt. Die Flüssigkeit bricht das Schiefergestein auf und setzt das darin gespeicherte Erdgas frei.

Den Industrielobbyisten geht der Entwurf, der unter anderem eine Wissenschaftlerkommission vorsieht, die maßgeblich über Probebohrungen entscheidet, nicht weit genug. Grüne und Umweltschützer hingegen geißeln die Regelung als zu löchrig. Durch die Hintertür werde Fracking möglich. Dabei gibt es ein ökologisches Argument, das dafür spricht, diese Förder-technik zu erproben und – wenn sie sich als beherrschbar herausstellt – kommerziell zu betreiben. Es ist die Energiewende, dieser einzigartige Großversuch, den die Deutschen gerade durchexerzieren, stellvertretend für eine wachsende Weltbevölkerung, die immer stärker nach Energie lechzt.

Die Grünstromfreunde behaupten bis heute, dass Gaskraftwerke die beste Stromreserve seien für den Übergang aus dem fossilen Zeitalter hinein in jenes, in dem uns Wind und Sonne sauber und kostenarm Energie liefern. Gaskraftwerke sind flexibel und können dann laufen, wenn es trüb ist und windstill. Zudem stoßen sie nur halb so viel klimaschädliches Kohlendioxid und noch viel weniger Schwefeldioxid und Stickoxide aus wie Kohlemeiler.

Gaskraftwerke haben nur einen großen Nachteil. Sie sind derzeit zu teuer. Deshalb drehen in Deutschland die dreckig-

ten Kohlemeiler auf Hochtouren. Mit der Folge, dass der hiesige CO₂-Ausstoß des Stromsektors von 294 Millionen Tonnen im Jahr 2009 auf 316 Millionen Tonnen im Jahr 2013 hochgeschwungen ist. Und das, obwohl die Stromkunden mit jährlich rund 20 Milliarden Euro Betrieb und Ausbau der erneuerbaren Energien bezahlen.

Dies ist das Paradox der deutschen Energiewende, das von den Protagonisten gern verschwiegen wird. Genauso wie die Tatsache, dass die USA mit billigem Frack-Gas den Ausstoß von Kohlendioxid bei der Energieerzeugung auf das Niveau von 1994 reduziert haben, obwohl die Wirtschaft im gleichen Zeitraum um fast 60 Prozent gewachsen ist.

Warum also ziehen grüne Ideologen in einen Kreuzzug gegen das Fracken? Und warum verschrecken Industrie-Ideologen die ökologisch aufgeklärten Bürger weiter mit ihrem Argument vom Immer-mehr und Immer-billiger? Und worum geht es wirklich?

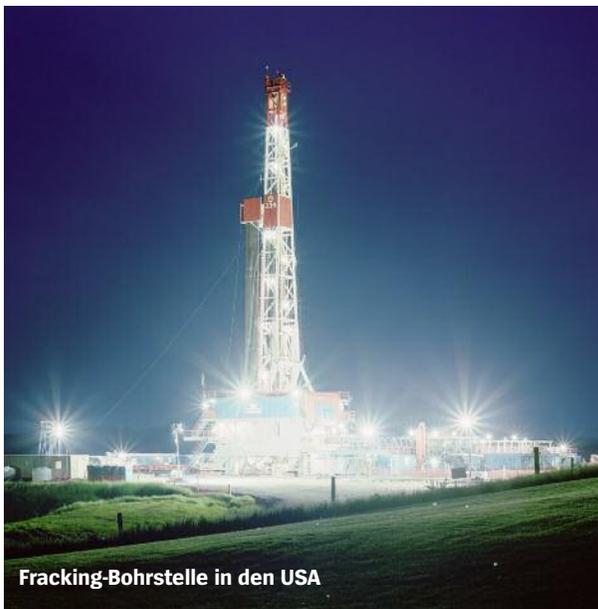
Es geht darum, dass die Energiewende billiges Gas braucht, damit sie Industrie und Verbraucher nicht übermäßig belastet.

Die Frack-Gas-Vorkommen sind nicht riesig, aber auch nicht so klein wie oft behauptet. Deutschland könnte laut einer Studie bis zum Jahr 2030 rund 25 Prozent des derzeitigen Gasverbrauchs mithilfe der neuen Förder-technik decken. Das entspricht der Menge, die wir aus Norwegen importieren. Ab Mitte der 2030er-Jahre könnten es sogar 35 Prozent sein. Deutschland könnte unabhängig von russischem Gas werden. Es wäre zudem möglich, niedrigere Gaspreise mit den Lieferländern auszuhandeln.

Dabei müssen vor allem vier Bedingungen gelten: Der Staat sollte das Fracken von Öl nicht unterstützen, weil dies das ungesunde fossile Zeitalter verlängern würde. Das Gas-Fracking muss ohne Chemikalien auskommen, die das Grundwasser gefährden. Der giftige Rückfluss aus den Lagerstätten muss unschädlich zu beseitigen sein. Und die Förderung darf die Bürger nur in zumutbarem Maße belasten.

Der Fortschritt in der Förder-technik lässt hoffen, dass diese Bedingungen erfüllbar sind. Das neue Gesetz steckt den rechtlichen Rahmen ab, um Fracking erforschen zu können. So werden sich in wenigen Jahren Risiken und Chancen richtig abschätzen lassen.

Wem es gelingt, Wohlstand auf erneuerbaren Energien aufzubauen, der hat das (Über-)Lebensmodell für Milliarden von Menschen gefunden. Dieses Ziel sollte wertvoll genug sein, um alles zu erkunden, was auf diesem Weg helfen kann.



Fracking-Bohrstelle in den USA